Panorama

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Armee-Logistik : unabhängige Fachzeitschrift für Logistiker = Organo indipendente per logistica = Organ independenta per logistichers = Organ indépendent pour les logisticiens**

Band (Jahr): **73 (2000)**

Heft 5

PDF erstellt am: **02.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

«Erlebnis Fourierschule» mit Arena

Vor genau 125 Jahren bildete die Schweizer Armee Verwaltungstruppen aus und im gleichen Jahr fand die erste Fourierschule in Thun statt. Ein Anlass, den gemeinsam das Kommando Fourierschulen und der Schweizerische Fourierverband feiern. So werden in der General-Guisan-Kaserne in Bern die Fourierschule in 125 Bildern vorgestellt, Erlebnis-Parcours für Jung und Alt mit Sonderschauen und Ausstellungen sowie die Militärküche im Massstab 1 : 1 präsentiert. Also, am Samstag 16. September in Bern: Erlebnis Fourierschule total!

-r. Seit 125 Jahren gehört die Fourierschule zu den typischen militärischen Kaderschmieden mit ausgeprägtem zivilem Knowhow. In all diesen Jahrzehnten durchliefen Hunderttausende von Schweizerinnen und Schweizern diese anspruchsvolle und herausfordernde Ausbildungsstätte unserer Armee. Ausgebildet wurden sie seit jeher mit modernen Lehr- und Unterrichtsmethoden. Denn gerade die Absolventen der Fourierschulen mussten sich ständig dem privaten wirtschaftlichen Umfeld anpassen, wollten sie ihrem vielseitigen Auftrag zum Wohle der Truppe nachkommen. Schliesslich leitet der Fourier im Auftrage seines Kommandanten nicht nur das Rechnungswesen, sondern ist im militärischen Alltag vielmehr noch militärischer Hotelier, Treuhänder, Bürochef und für jeden Besucher die Visitenkarte der Einheit.

Fourierschule in 125 Bildern

So liegt es auf der Hand, dass sich die Fourierschule am Tag der offenen Tür vom Samstag 16. September zwischen 9 und 14 Uhr in 125 Bildern (für jedes Jahr eines) zeigt. Weiter gewährt eine abwechslungsreiche Arena mit Sonderschauen und Ausstellungen einen Einblick in die Tätigkeit des hellgrünen Dienstes der Schweizer Armee. Ebenfalls die Küchenchefschule Thun wird an diesem im und um das Areal der General-Guisan-Kaserne in Bern mit von der Partie sein und die Besucherinnen und Besucher mit echten Militärspezialitäten verwöhnen. Um das «Erlebnis Fourierschule» auch (vielleicht wieder einmal) so richtig geniessen zu können, steht überdies ein Kinderhort bereit.

Vorbereitungen laufen auf Hochtouren

Unter der Leitung von Schulkommandant Oberst Urs Bessler arbeitet ein eingespieltes Team von Spezialisten aus dem Kommando Fourierschule, Verwaltung, Schweizerischer Fourierverband (SFV) und der Privatwirtschaft gemeinsam für den Erfolg dieses Jubiläums. Ein Rundgang durch die einzelnen Sonderschauen zeigt heute schon: Dieser Anlass wird ein überaus attraktives, sach- und zeitgerechtes Bild der Hellgrünen vermitteln und reich an mannigfaltigen Höhepunkten sein. So werden denn auch die Besucher aufgefordert, sich aktiv an einzelnen Posten zu versuchen – und wenn es «nur» beim Schälen von Kartoffeln ist, um eine begehrte Original-Fourierschule-Gewürzmischung zu erhalten ...

1999 wurden wieder mehr Mahlzeiten durch die Militärküche abgegeben

Letztes Jahr haben 224 579 (Vorjahr 220 702) Armeeangehörige über 6,5 Millionen Diensttage geleistet. Im Gegensatz zu 1998 stieg die Anzahl der Diensttage um 16 740 (1998 war gegenüber 1997 eine Abnahme von insgesamt 212 748 zu verzeichnen). Somit pendelte sich die Dienstleistung der Truppe 1999 auf dem Plafond von 1997 ein.

Von Meinrad A. Schuler

1999 standen 224 579 Angehörige der Armee (AdA) unter der Fahne. Das sind 3877 Personen mehr als im Jahre 1998 oder etwas unter 100 000 Mann weniger als vor fünf Jahren.

17 887 Wehrmänner im Tag

Während im Schnitt ein Wehrmann im vergangenen Jahr mit 29 Tagen einen weniger langer Dienst leistete als 1998, so waren doch immerhin noch 17 887 AdA täglich im Einsatz. 1994 waren es vergleichsweise noch täglich 25 621 Wehrmänner im Dienste des Vaterlandes.

Wieder weniger Pensionsverpflegung

Bescheiden drücken sich im Vergleich zu den geleisteten Diensttagen eigentlich die Zahlen der Pensionsverpflegung der Vorjahre aus. 1995 standen diese noch mit «nur» 492 055 Tagen zu Buche, brachten es 1997 auf den beachtlichen Stand von über 555 000 und steigerten sich 1998 nochmals auf 291 549. Anscheinend konnte der Mangel an Fachpersonal (vorwiegend Militärköche) weitgehend behoben werden, denn letztes Jahr waren es gegenüber 1998 immerhin 11 156 Tage weniger.

13,3 Millionen hungrige Mäuler gestopft

1999 wurden in der Schweizer Armee über 13,3 Millionen Mahlzeiten (plus 69 351 gegenüber dem Vorjahr) abgegeben. Übrigens: Vor sieben Jahren waren es doch noch immerhin 27,1 Millionen Mahlzeiten.

Zu den Detailzahlen

Die effektive Belastung für *Sold* machte 1999 69,2 Millionen Franken (54,7 im 1998) aus; miteingerechnet 9,9 Millionen Franken für Dienstleistungen Dritter.

Die Gemeinden und Einwohner von Truppenunterkünften erhielten für die **Unterkunftsbelegung** 37,6 (40,6) Millionen Franken.

Dienstleistungen der Truppe 1999

Dienstleistungen	Total	Differenz gegenüber 1998
Angehörige der Armee (AdA)		
Dienstleistende	224 579	+ 3 877
Geleistete Diensttage	6 528 828	+ 16 740
ø Pro AdA geleistete Diensttage	29	- 1
ø Pro Kalendertag (365 Tage) im Dienst stehende AdA	17 887	+ 46
Verpflegung		
- Pensionsverpflegung (Tage)	546 626	- 11 156
- Naturalverpflegung		
- Berechtigung (Tage)	5 982 202	+ 27 896
- effektiv verpflegt (zirka Tage*)	4 435 145	+ 23 117
- Anzahl Mahlzeiten (zirka)	13 305 435	+ 69 351
- effektiv verpflegt (AdA pro Tag)	12 151	+ 63
Pferde		
Dienstleistende Pferde	883	- 419
Geleistete Diensttage	24 554	- 13 301
ø Pro Pferd geleistete Diensttage	28	- 1
ø Pro Kalendertag im Dienst stehende Pferde	67	- 37

*) Rekrutenschulen = 71,36 %; Grundausbildungsdienste = 76 %; Fortbildungsdienste der Truppe = 77 %.

Kosten pro AdA und Diensttag

	Fr.
Sold	10.65
Unterkunft[1]	5.78
Verpflegung	11.57
Transporte	4.62
Land- und Sachschaden	0.68
Allgemeine Ausgaben	3.43
Total	**36.73**

[1] ohne die Kosten für die Benützung der bundeseigenen Unterkünfte

Die **Transporte durch die Truppe bezahlt** (einschliesslich der Benützung öffentlicher Verkehrsmittel) machten 1999 insgesamt 30 Millionen Franken (30,7) aus.

Eine erfreuliche Bilanz kann der Oberfeldkommissär ziehen. Denn gegenüber 1998 mit 7,4 Millionen Franken betrugen letztes Jahr die **Land- und Sachschäden** «nur» noch 4,4 Millionen Franken.

Um so deutlicher sind die **Allgemeinen Ausgaben** gestiegen; nämlich von 11,4 (1978) auf 22,3 Millionen Franken.

Leicht erhöht haben sich die **Einkäufe bei Lieferanten** (Selbstsorge der Truppe); von 26,9 auf 28,3 Millionen Franken (1994 noch 47 Millionen Franken).

Kosten für die Truppe

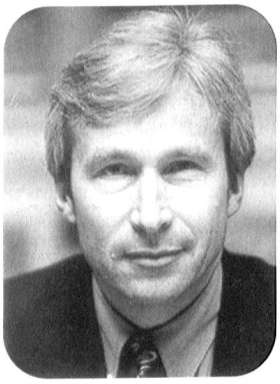
(in Millionen Franken)

Sold		
- Sold	59.3	
- Dienstleistungen Dritter	9.9	69.2
Unterkunft (von Gemeinden und Einwohnern)		37.6
Verpflegung		
- Pensions-Vpfl	19.5	
- Einkauf Lieferanten	28.3	
- Nachschub[1]	27.4	75.2
Transporte		
- durch Truppe bezahlt[2]		30.0
Land- und Sachschäden		4.4
Allgemeine Ausgaben		22.3

[1] Verbrauch der Truppe: Dieser ist nicht identisch mit den Ausgaben in der Staatsrechnung.

[2] Transporte: Einschliesslich der Benützung öffentlicher Verkehrsmittel.

Nationalrat Josef Leu in der A-LOG-Gastkolumne



Wir sagen Nein zu einem «politischen Steinbruch»

Bei der Umverteilungs-Initiative handelt es sich um eine Neuauflage der 1995 vom Parlament für ungültig erklärten Halbierungs-Initiative. Zu den Hauptzielen der Initiative zählen unter anderem die Verstärkung der internationalen Friedenspolitik sowie die Konversion von betroffenen Betrieben und Arbeitsplätzen.

Die Sicherheitspolitische Kommission beider Räte hat sich klar der Meinung des Bundesrates angeschlossen, dass unsere Landesverteidigung irreparablen Schaden nähme, wenn die Ausgaben für die Verteidigung derart radikal und undifferenziert gekürzt würden, wie das die Initiative verlangt. Mit 120 zu 62 Stimmen sprach sich auch der Nationalrat gegen die Initiative aus.

Friedensförderung: keine leere Floskel

Die Mitglieder des Initiativkomitees müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, von den bisherigen Aktivitäten des Bundes im Bereich der Friedensförderung als Beitrag an die kollektive Sicherheit kaum Kenntnis genommen zu haben. Unser Land nimmt direkt am Aufbau einer europäischen Sicherheitsordnung teil. Es trägt somit in Solidarität zur Stabilität des Kontinents bei; dies auch aus einem berechtigten Eigeninteresse, nämlich zu Gunsten unserer eigenen Sicherheit.

Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang unsere Aktivitäten im Rahmen der OSZE, des Nato-Programmes «Partnerschaft für den Frieden» und der UNO. Mit dem Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GZS) und dem «International Relations and Security Network» (ISN) stellt die Schweiz der internationalen Gemeinschaft zwei neue Instrumente zur Verfügung: das eine im Bereich der Ausbildung, das andere im Bereich der Verbreitung von nicht klassifizierten Informationen über Sicherheitspolitik im Internet.

Nicht vergessen dürfen wir auch unseren Beitrag zur Lösung des weltweiten Problems der Minen mit der Gründung eines Internationalen Zentrums für humanitäre Minenräumung, welches durch das VBS finanziert wird. Aus sicherheitspolitischen Überlegungen erachtet es die Schweiz als unerlässlich, die Länder Zentral-, Südost- und Osteuropas bei ihren Reformen zu unterstützen, um damit Ursachen von Konfliktpotenzial zu beheben; dies aus der klaren Überzeugung, dass eine wirtschaftliche Entwicklung eine Voraussetzung für politische Stabilität ist. Die Schweiz leistet also ihren Beitrag! Zudem kann es nicht darum gehen, dass aus der Vorsorge für unsere eigene Sicherheit ein politischer Steinbruch wird.

Gedanken zur Konversionspolitik

Mit der Neuausrichtung der ehemaligen Rüstungsbetriebe in den privatwirtschaftlich geführten Ruag-Konzern, welcher übrigens bereits im ersten Jahr schwarze Zahlen schreiben konnte, wird aktive und realisierbare Konversionspolitik betrieben. Auch andere Regiebetriebe des Bundes – wie SBB, Post und so weiter – müssen einen Personalabbau durchstehen ohne dass von ihnen eine besondere Konversionspolitik gefordert worden wäre. Der Umbauprozess läuft schon lange und die von den Befürwortern der Umverteilungs-Initiative vorgeschlagenen Konversionsinstrumente gehören ebenfalls schon lange zum normalen Instrumentarium der Regional- und Kulturpolitik von Bund und Kantonen.

«Lehrmeister» zur Vernunft gemahnt

Die sozialdemokratischen Verteidigungsminister Frankreichs, Deutschlands und Grossbritanniens ziehen aus den jüngsten Erfahrungen andere Konsequenzen zur Gestaltung einer umfassenden Sicherheitspolitik, als es unsere Ratslinke tut. Diese beschränkt sich nämlich darauf vom Schreibtisch aus internationaler Lehrmeister sein zu wollen. Doch es bleibt dabei: Die Umverteilungs-Initiative ist nicht durchdacht, auch nicht zu Ende gedacht und deshalb nicht annehmbar.

Josef Leu ist seit 1991 im Nationalrat, Mitglied der CVP-Fraktion, Präsident der Staatspolitischen Kommission (1998 - 2000) und ab 2000 Vizepräsident der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates, ehemaliges Mitglied der Kommission Brunner und der Studienkommission Untergruppe Nachrichtendienst; seit 1995 Präsident des Sicherheitspolitischen Forums Zentralschweiz. Im Militär war er bis 1992 Major (Kommandant eines Füs Bat) und seit 1993 hat er eine Funktion in einem Armeestabsteil inne. Josef Leu (1950) stammt aus dem luzernischen Hohenrain, ist mit Gertrud Morgenthaler verheiratet und hat vier Kinder. Sein Beruf: Landwirt, Ingenieur HTL.

Vermehrt in Kasernen übernachtet

Der Schweizer Soldat nächtigt meistens in bundeseigenen Militärunterkünften: Bei fast drei Viertel aller besoldeten Diensttage war dies im letzten Jahr der Fall. Fast fünf Millionen Übernachtungen in Kasernen und Truppenlagern des Bundes inklusive kantonale Kasernen verzeichnet die Belegungsstatistik 1999 insgesamt. Thun befindet sich an der Spitze – Bronschhofen gilt als Spitzenreiter bei den Truppenlagern.

VON ERNST GERSCHWILER

Noch Anfang der neunziger Jahre übernachteten die Soldaten je etwa zur Hälfte in bundeseigenen und bundesfremden Unterkünften. Seit Jahren verlagert sich dieses Verhältnis in Richtung Bund, wie die neuste Belegungsstatistik bestätigt. 4,756 Millionen Dienstnächte verbrachten die Soldaten im vergangenen Jahr in Kasernen und Truppenlagern des Bundes inklusive kantonale Kasernen. Das entspricht fast drei Viertel aller Übernachtungen. 1,77 Millionen Übernachtungen verzeichnet die Statistik in Unterkünften, die nicht dem Bund gehören, also zum Beispiel Unterkünfte in Gemeinden.

Mit der vermehrten Berücksichtigung armeeeigener Unterkünfte auch für WK-Truppen erfüllen das Heer und die Luftwaffe eine Forderung der Eidgenössischen Finanzkontrolle und der Sicherheitspolitischen Kommissionen von National- und Ständerat. Sie hatten in den Jahren 1996 und 1997 verlangt, statt zivile, kommunale und kantonale Truppenunterkünfte vermehrt bundeseigene Anlagen zu benutzen.

Thun absoluter Spitzenreiter

Bei den Belegungen der einzelnen Kasernen liegt auch letztes Jahr Thun an der Spitze: Der grösste Waffenplatz der Schweiz verzeichnete fast eine halbe Million militärische und zivile Belegungsnächte. Im zweiten Rang befindet sich Bière vor Bern. In der Kaserne der Bundeshauptstadt machten sich letztes Jahr die Einquartierungen von Truppen für die Bewachungseinsätze bei den Botschaften bemerkbar. Am meisten Übernachtungen bei den Truppenlagern registrierte Bronschhofen (SG). Allerdings wurde diese Unterkunft 1999 nicht für das Militär benutzt, sondern für Asylsuchende.

Die Spitzenreiter bei den Truppenlagern

1. Bronschhofen mit 64212 Übernachtungen; 2. Schwarzsee 44 977; 3. Melchtal 44 784; 4. S-chanf 42 549; 5. Eigenthal 37 958 (wie in Bronschhofen vor allem Übernachtungen durch Asylsuchende).

BELEGUNGSSTATISTIK 1999 DER KASERNEN

Thun	470 051
Bière	232 033
Bern	183 241
Payerne-Flabkaserne/ Fliegerkaserne	170 708
Bülach	157 731
Monte Ceneri	138 697
Drognens	137 479
Kloten	134 519
Frauenfeld	133 746
Emmen	128 597
Bure	123 004
Wangen a.A. (Rttg Trp)/ Gemeinde (inkl. Froburg)	115 167
Aarau	114 473
Zürich-Reppischtal	114 218
Genève	106 947
Moudon	101 342
Liestal	100 815
Airolo	98 091
Colombier	91 306
Bremgarten	88 570
Fribourg-La Poya	87 548
Chur	86 991
St-Maurice	83 893
Wil b. Stans	82 594
Sion	80 671
Herisau	80 007
Dübendorf	74 283
Brugg	73 891
Chamblon	71 657
Neuchlen-Anschwilen	70 282
Isone	67 482
Andermatt Altkirch/ Kaserne 2/Notspital	61 602
St. Luzisteig	46 392
Walenstadt (Sanierung)	43 792
Losone (Sanierung bis 30.5.99)	38 130
Lyss	36 900
Jassbach	21 439
Spiez/Ausbildungszentrum	17 136
Sala Capriasca - Tesserete	12 551
Sand - Veterinärkaserne	9 929

Der Bundesrat verabschiedete das Rüstungsprogramm 2000

Der Bundesrat hat das Rüstungsprogramm 2000 mit einem Kreditbegehren von 1178 Millionen Franken verabschiedet und dem Parlament zugeleitet.

-r. Die Beschaffung von 186 Schützenpanzern des schwedischen Typs CV-3090 bildet mit 990 Millionen Franken den Schwerpunkt. Damit sollen bei den Panzerbrigaden die 40-jährigen M-113 ersetzt werden. Der CV-3090 oder Schützenpanzer 2000 hatte sich in der Typenwahl auf Grund seines guten Preis-Leistungs-Verhältnisses durchgesetzt.

120 Fahrzeuge für Schiesskommandanten der Artillerie

Ebenfalls der Verstärkung der Kampfbrigaden dient die Beschaffung von 120 Fahrzeugen für Schiesskommandanten der Artillerie. Ein Quantensprung in der Beobachtung, Lagebeurteilung und Zielbekämpfung ist damit möglich. Die Beschaffungskosten belaufen sich auf 166 Millionen Franken.

Im Weitern enthält das Rüstungsprogramm unter anderem zwölf leichte Minenräumsysteme. Schützenpanzer 63/69 werden mit einem Minenräumpflug ausgerüstet. Damit können auf Strassen und Wegen für nachfolgende Fahrzeuge minenfreie Gassen geöffnet werden. Die Kosten betragen 22 Millionen Franken.

Auf das Rüstungsprogramm 2001 verschoben wurde die Beschaffung zweier militärischer Transportflugzeuge. Da sich die in Frage kommenden Flugzeuge noch in der Entwicklung befanden, konnte die Typenwahl nicht für das aktuelle Programm abgeschlossen werden.

«Aus dem Rüstungsprogramm 2000 gehen 934 Millionen Franken oder rund 80 Prozent in die Schweizer Wirtschaft. Gut 1000 Personen können damit während fünf Jahren beschäftigt werden. Zur Beschaffung beantragt werden Vorhaben, die mit Blick auf die Armee XXI unbestritten sind. Weil sie in der Menge noch nicht abschliessend beurteilt werden können, wird ein Mindestbedarf beantragt, der auch in der neuen Armee benötigt wird», teilt das VBS mit.

BELGISCHE F-16 IN DER SCHWEIZ

-r. Die Schweizer Luftwaffe erhielt vom 4. bis 6. April Besuch. Dabei weilte eine belgische Delegation in unserem Land. Sie reiste mit zwei F-16 und zwei Alphajets nach Payerne, um ein Training zwischen den beiden F-16 und schweizerischen F/A-18 zu absolvieren.

Die Belgier weilten an der Vorbereitungskonferenz NOMAD in der Schweiz. NOMAD ist ein Luftkampftraining, das über der belgischen Nordsee stattfinden wird. Auch die Schweizer Luftwaffe wird daran teilnehmen.

Pflichtlagerpolitik 2000 bis 2003 und wirtschaftliche Landesversorgung

«Die wirtschaftliche Landesversorgung ist Teil der Wirtschaftspolitik. Angesichts der hohen Auslandabhängigkeit der Schweiz bei Rohstoffen und Energieträgern, der insgesamt unzureichenden eigenen Ernährungsbasis und des fehlenden Zugangs zu den Weltmeeren ist es ihre Aufgabe, die Versorgung des Landes mit lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen für den Fall sicherzustellen, dass die Wirtschaft auf Grund äusserer Umstände dazu nicht mehr selber in der Lage ist.»

(Sicherheit durch Kooperation. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz [SIPOL B 2000] vom 7. Juni 1999, Seite 52)

VON OBERST ROLAND HAUDENSCHILD

Historisches und Ausgangslage

Die Versorgungsmängel während des Ersten Weltkrieges führten in der Zwischenkriegszeit zu Massnahmen zur Sicherstellung der Brotgetreideversorgung. Sowohl eine Vorratshaltung an Brotgetreide wurde aufgebaut als auch der Getreideanbau gefördert. In den 30er-Jahren begann der Bund auch auf anderen Gebieten Vorsorge zu treffen und schuf die notwendigen gesetzlichen Grundlagen (Sicherstellungsgesetz vom 1. April 1938); die Basis zur obligatorischen Pflichtlagerhaltung war damit vorhanden.

Der Zweite Weltkrieg und die Zeit danach brachten die Weiterentwicklung des Pflichtlagersystems, institutionalisiert im Kriegsvorsorgegesetz vom 30. September 1955. Spätestens die Ölkrise 1973 führte zur Erkenntnis, dass die Landesversorgung nicht nur allein zur Behebung von Versorgungslücken bei einer militärischen Bedrohung dienen konnte, sondern dass sie auch bei Versorgungsstörungen nicht sicherheitspolitischer Art zur Überbrückung von Versorgungsengpässen von Nutzen sein werde.

Diese Neuorientierung führte zu einer umfassenden Landesversorgungspolitik, zunehmend auf wirtschaftliche Versorgungsrisiken ausgerichtet. Die Grundlage bildet, neben der 1980 revidierten Verfassungsnorm, das (noch heute gültige) Landesversorgungsgesetz vom 8. Oktober 1982. Die Öffnung der Landesversorgung hat sich als zukunftsweisend herausgestellt und sich auch nach dem Ende des Kalten Krieges als richtig bestätigt.

Mit der Aufhebung des Getreideartikels in der Bundesverfassung und des Getreidegesetzes soll auch das Landesversorgungsgesetz geändert werden. Für die Brotgetreidepflichtlagerhaltung ist im Landesversorgungsrecht eine neue Grundlage zu schaffen. Damit wird die Landesversorgung nur noch auf einer einzigen kongruenten Verfassungs- und Gesetzesgrundlage beruhen.

Aufgaben und Organisation der wirtschaftlichen Landesversorgung

Die wirtschaftliche Landesversorgung (WL) hat zur Aufgabe die Schweiz mit lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen zu versorgen für den Fall, dass die Wirtschaft auf Grund äusserer Umstände dazu nicht mehr selber in der Lage ist. Der Auftrag der wirtschaftlichen Landesversorgung liegt schwergewichtig bei der Behebung von Versorgungsstörungen, hervorgerufen durch politische und technische Ursachen, Sabotage- und Terrorakte oder Naturkatastrophen.

Die Sicherung der Versorgung des Landes in einem Krieg ist in den Hintergrund getreten. Sowohl in normalen Zeiten wie in der Krise ist die Versorgung des Marktes primär Sache der Wirtschaft. Der Staat greift nur subsidiär ein wenn die privaten Wirtschaftsstrukturen nicht mehr funktionieren und eine Versorgungsstörung droht. Er setzt Rahmenbedingungen, damit die Wirtschaft auf reduziertem Niveau weiter versorgen kann.

Schwergewicht der Tätigkeit der wirtschaftlichen Landesversorgung (normale Zeiten):

- Laufende Lagebeurteilung im Zusammenhang mit der Wirtschaft
- Sicherstellung einer angemessenen Vorratshaltung an lebenswichtigen Gütern (Pflichtlagerhaltung)
- Sicherstellung sensibler Transportmittel und -wege
- Sicherung von Kommunikationsmöglichkeiten
- Freistellung unentbehrlicher Arbeitskräfte von Armee und Bevölkerungschutz
- Vorbereitung von Bewirtschaftungsmassnahmen zur Bewältigung von Versorgungsstörungen (Krisenmanagement)

Gemäss Verfassung und Gesetz ist der Bund für die wirtschaftliche Landesversorgung zuständig; er arbeitet einerseits eng mit der Wirtschaft zusammen, anderseits haben auch die Kantone und Gemeinden entsprechende Aufgaben wahrzunehmen.

Die wirtschaftliche Landesver-

Um die Versorgungsmängel während des Ersten und Zweiten Weltkrieges zu lindern, mussten sogar Kinder beim Einbringen der Ernte kräftig anpacken.

Nicht nur die Armee «speckt» gewaltig ab sondern auch die Pflichtlagerhaltung.

sorgung ist ein Musterbeispiel von Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft im Rahmen eines besonderen Milizsystems. Im Bund sind das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (EVD) und das ihm unterstellte Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL) für die Versorgung des Landes zuständig. Das BWL wird von einem Delegierten geleitet, welcher teilzeitlich für den Bund und die Wirtschaft tätig ist.

Im Voranschlag Budget 2000 sind für das BWL 41,0 Stellen vorgesehen und Ausgaben von 9442500 Franken sowie Einnahmen von 4 970 000 Franken eingesetzt.

Das BWL ist wie folgt gegliedert:

- Leitung
- Administrativer Dienst
- Sektion Recht (Vertretung bei der Internationalen Energieagentur IEA)
- Sektion Ausbildung und Spezialaufgaben
- Fünf Geschäftsstellen des
  Ernährungsamtes (EA)
  Industrieamtes (IA)
  Arbeitsamtes (AA)
  Transportamtes (TA)
  Versicherungsamtes (VA)

INFO-THEK

Die Website des Bundesamtes für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL) http://www.admin.ch/bwl

Der ständige kleine Stab von Beamten beim Bund wird ergänzt durch Vertreter der Wirtschaft. Müssen umfangreiche Massnahmen vollzogen werden, mit unmittelbaren Auswirkungen auf die Konsumenten, ist die Mitwirkung von Organen der Kantone und Gemeinden erforderlich, welche zum Teil ebenfalls nach dem Milizprinzip organisiert sind. Von dieser relativ kleinen, permanenten und kostengünstigen Stabsorganisation mit wesentlicher Ergänzung durch die Milizkomponente auf verschiedenen Stufen profitieren der Staat, die Wirtschaft und die Steuerzahler in gleicher Weise.

Pflichtlagerpolitik im Wandel der Zeit

Die Pflichtlager sind ein Eckpfeiler der wirtschaftlichen Landesversorgung; sie sind das in Krisenzeiten rasch und flexibel einsetzbare Instrument zur Überbrückung von Versorgungsengpässen.

Die Schweiz bezieht rund 40 Prozent der Nahrungsmittel, mehr als 80 Prozent der Energie und praktisch 100 Prozent der Rohstoffe aus dem Ausland. Die wirtschaftliche Landesversorgung sorgt in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft dafür, dass Bevölkerung und Wirtschaft der Schweiz jederzeit ausreichend mit lebensnotwendigen Gütern versorgt werden. Dies erfolgt durch:

- Pflichtlagerhaltung
- Sicherstellung von Energieversorgung und Transporten
- Vorbereitung einer gerechten Verteilung knapper Güter

Die Pflichtlager bildeten bei der Schaffung des Landesversorgungsgesetzes eine eiserne Reserve, die nur im Falle eines Krieges oder einer machtpolitischen Bedrohung hätte eingesetzt werden dürfen. Das Risiko eines Krieges und die völlige Abgeschnittenheit standen im Vordergrund. Mit grossen Pflichtlagern sollte eine möglichst hohe Autarkie erreicht werden. Damit beanspruchten die auf zahlreiche Firmen aufgeteilten Pflichtlager nicht nur grosse Lagerkapazitäten, sondern sie banden erhebliche finanzielle Mittel und verursachten hohe jährliche Kosten.

Nach dem Ende des Kalten Krieges wird seit 1990 die Pflichtlagerhaltung in regelmässigen Abständen überprüft; ebenso werden die Ziele der Pflichtlagerpolitik für die nächsten vier Jahre wenn nötig angepasst.

Ein erster «Bericht über die Pflichtlagerpolitik und allenfalls zu treffende Massnahmen» erschien 1990, ein zweiter Bericht 1995. Im dritten «Bericht 1999 über die Pflichtlagerpolitik 2000 bis 2003» werden die Ziele der Pflichtlagerpolitik neu festgelegt sowie die notwendigen Massnahmen und die zu erwartenden Auswirkungen dargestellt. Bereits die Lagebeurteilung im Jahre 1995 führte zu einem weiteren schrittweisen Abbau (zum Beispiel im Agrarbereich, bei der Energie und Chemie) beziehungsweise zur Aufhebung von obligatorischen Pflichtlagern (Kohle und Tee).

Die Pflichtlagerkosten verminderten sich von 795,1 Millionen Franken (1990) über 406,4 Millionen Franken (1995) auf 335,7 Millionen Franken (1999). Dies ergibt in acht Jahren Kosteneinsparungen von 581,4 Millionen Franken (– 76 Prozent).

Der Mengenabbau (reduzierte Pflichtlagermengen) hat schwergewichtig die massiven Kosteneinsparungen ermöglicht. Neben organisatorischen Anpassungen und Vereinfachungen wurden auch verschiedene Produkte beziehungsweise -gruppen der freiwilligen Pflichtlagerhaltung aufgehoben, zum Beispiel:

- Schwermetalle
- Elektromaterial
- Baumwollgarne
- Material für Schuhproduktion
- Rohstoffe für Papierfabrikation
- Reifen für Autobusse

Die Lage- und Risikoanalyse für die Pflichtlagerpolitik 2000 bis 2003 stützt sich auf den Bericht über die Sicherheitspolitik der Schweiz (SIPOL B 2000) vom 7. Juni 1999 ab.

Heute stehen vor allem nichtmilitärische Risiken im Vordergrund wie zum Beispiel Katastrophen in Natur und Umwelt, Konflikte und Krisen, Migration, wirtschafts- und machtpolitische Massnahmen, organisiertes Verbrechen und Proliferation von Massenvernichtungswaffen.

Die Risiken haben sich heute verlagert. Da die Unternehmen immer kleinere Vorräte halten und die Risiken beziehungsweise Gefahren noch zunehmen, müssen Pflichtlager rasch freigegeben werden können, um allfällige Mangellagen sofort zu beheben und volkswirtschaftliche Schäden im Keime zu ersticken. Die neue Pflichtlagerpolitik orientiert sich hauptsächlich an nicht-militärischen Bedrohungsformen, wobei aus der Sicht der Wirtschaft rund drei Monate das absolute Mindestmass für Pflichtlager darstellt.

Bei der obligatorischen Pflichtlagerhaltung werden bis 2003 die Pflichtlager für Kakao, Seife, Textilwaschmittel, Phosphor- und Kalidünger sowie Feldsämereien vollständig aufgehoben. Bis 2007 wird das Futtergetreide vollständig abgebaut sein.

Um rund einen Drittel reduziert werden die Pflichtlager für Zucker, Reis, Speiseöl, -fett, Kaffee, Autobenzin, Diesel, Heizöl und Schmierstoffe.

Auch bei der freiwilligen Pflichtlagerhaltung sollen die Produktegruppen stark eingeschränkt werden, eine grössere Anzahl Pflichtlagerprodukte sind bis 2003 aufzuheben.

Bei Katastrophen, bevor Mangellagen entstehen, sollen Pflichtlager sofort freigegeben werden

Hoffentlich gehören auch solche Anschläge – wie während des Zweiten Weltkrieges – der Vergangenheit an.

können; auch bei vorübergehenden Versorgungsstörungen können temporär Pflichtlager freigegeben werden.

Die Kostenschätzung für das Jahr 2003 ergibt unter gleichbleibenden Bedingungen einen weiteren Kostenabbau; das heisst 2003 werden noch 134 Millionen Franken Kosten für die obligatorische Pflichtlagerhaltung erwartet (ohne Amortisationen). Damit beträgt die Versicherungsprämie für die Versorgung im Krisenfall 19 Franken 20 pro Person (Vergleichswerte 1990: 109 Franken 30 und 1995: 43 Franken 90).

Ausblick

Die Pflichtlagerpolitik wird auf die neusten sicherheits- und wirtschaftspolitischen Erkenntnisse ausgerichtet. Im Aufbau begriffen ist auch eine internationale Kooperation zur Bewältigung von Krisenfällen. Die Vorwarnzeiten können auf Grund der Risikenverlagerung nur noch sehr gering sein, deshalb müssen Pflichtlager rasch und flexibel eingesetzt werden können. Die neue Pflichtlagerpolitik geht von keinen «worst case Szenarien» aus.

Die vorgeschlagenen, einschneidenden Abbaumassnahmen sollen bis 2003 realisiert sein und die verbleibenden Pflichtlager werden dannzumal noch für eine Versorgung von rund vier Monaten reichen.

Der politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel erfordert eine laufende Neubeurteilung und Neuausrichtung der Pflichtlagerpolitik. Grundsatz: Beschränkung auf das absolut Notwendige; Notfälle erfolgreich meistern und Versorgungsstörungen vermeiden.

Im Rahmen der Arbeiten zum Bericht über die Pflichtlagerpolitik 2000 bis 2003 führte das Markt- und Meinungsforschungsinstitut Demoscope eine repräsentative Bevölkerungsbefragung zum Thema Pflichtlager durch. 83 Prozent der Befragten erachteten die nationalen Notvorräte als ziemlich bis sehr sinnvoll; nur 4 Prozent waren gegen nationale Pflichlager. Die Bevölkerung steht damit den Pflichtlagern positiv gegenüber.

Humanitäre Hilfe und Schweizerisches Katastrophenhilfekorps

Eindrückliche Jahrestagung vom 24. März in Bern.

Von Oberst Heinrich L. Wirz

Im Jahre 1998 schienen die Grenzen der Leistungsfähigkeit des Schweizerischen Katastrophenhilfekorps (SKH) erreicht zu sein. Naturkatastrophen (Erdbeben und Überschwemmungen) und Krieg (Kosovo) stellten 1999 noch höhere Anforderungen. Die Angehörigen des SKH bewältigten letztes Jahr nicht weniger als 406 Einsätze, mit Schwergewicht auf dem Balkan sowie in Zentral- und Südamerika (Venezuela). Die Rettungskette Schweiz kam in der Türkei, in Taiwan, in Griechenland und nach dem Orkan «Lothar» sogar in Frankreich zum Einsatz.

Wichtiges Mittel der schweizerischen Aussenpolitik

Bundesrat Joseph Deiss, Vorsteher des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA), sprach vor rund 700 Personen an der 27. Jahrestagung der Humanitären Hilfe und des Schweizerischen Katastrophenhilfekorps (SKH). Er stellte die humanitäre Hilfe als wichtiges Mittel der schweizerischen Aussenpolitik in den Mittelpunkt seines Vortrages. Er dankte den Angehörigen des SKH: «Die freiwilligen Helfer des SKH verkörpern im Ausland den Willen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, sich zu Gunsten der Opfer von Konflikten und Katastrophen zu engagieren.» Die humanitäre Hilfe des Bundes ist gemäss ihrem gesetzlichen Auftrag von 1976 «für die von Naturkatastrophen oder bewaffneten Konflikten heimgesuchte Bevölkerung bestimmt».

Schlimme Ereignisse 1999

Toni Frisch, Stellvertreter des Chefs Abteilung Humanitäre Hilfe und SKH, bezeichnete 1999 als ein Jahr schlimmer Ereignisse. Weit über 100 000 Menschen seien bei durch Natur und Zivilisation verursachten Katastrophen ums Leben gekommen und die Schäden betrügen über 100 Milliarden US-Dollar. Dazu kämen die ungezählten Opfer bewaffneter Konflikte und von Kriegen zum Beispiel auf dem Balkan (Kosovo) und Kaukasus (Tschetschenien). Weitere Redner an der Jahrestagung wiesen auf die steigenden Möglichkeiten künftiger Bedrohungen durch Katastrophen, Krisen, Konflikte und Kriege hin. Die Ursachen lägen in der Natur (Erdbeben, Sturmwinde, Unwetter, Überschwemmungen), in Bevölkerungsdruck (Geburtenrate) und Zivilisation (Übernutzung und Verstädterung) sowie in ethnischen, religiösen und politischen (Zerfall staatlicher Gefüge), mittels Waffen ausgetragenen Auseinandersetzungen oder in einer Verknüpfung der Gründe.

Rund 1500 freiwillige Milizangehörige

Dem Schweizerischen Katastrophenhilfekorps (SKH) gehören rund 1500 freiwillige Milizangehörige an. Etwa 500 sind für humanitäre Einsätze verfügbar, die meistens zwischen mehreren Monaten und einem Jahr dauern. Es geht darum, weltweit nach Katastrophen und Konflikten Menschenleben zu retten und Leiden zu lindern. Zirka 1000 Personen bilden die Reserve und rund 40 Festangestellte des Bundes den Stab der Abteilung Humanitäre Hilfe und SKH.

Rettungskette Schweiz

Sie ist auf die Ortung, Rettung und medizinische Erstversorgung von Verschütteten nach Erdbeben im Ausland ausgerichtet. Sie umfasst im Vollbestand rund 100 Personen, 18 Katastrophenhunde und 16 Tonnen Material. Sie ist nach dem Entscheid zum Einsatz innerhalb von acht bis zwölf Stunden abflugbereit und kann bis zu sieben Tage unabhängig arbeiten. Der Rettungskette gehören acht Partnerorganisationen an, darunter das Katastrophenhilfekorps (Leitung und Finanzierung) und die Armee (Luftwaffe und Rettungstruppen).

Der Delegierte für humanitäre Hilfe und Chef SKH Charles Raedersdorf führte überlegen durch die aufschluss- und lehrreiche Jahrestagung. Er folgerte bei seiner abschliessenden Lagebeurteilung auf Grund von Erfahrungen und Voraussagen der Fachleute unter anderem, dass neben Erdbeben auch Überschwemmungen wie in Mosambik die Menschheit unvermindert heimsuchen werden. Deshalb sei zu prüfen, ob die «Rettungskette Schweiz», die über geeignete Mittel für Einsätze nach Erdbeben verfügt, ebenfalls zur Hilfe bei Überschwemmungen auszubilden und zu bestücken wäre. Zu ihrer Ausrüstung könnte zum Beispiel auch Geniematerial (beispielsweise Schlauchboote) der Schweizer Armee gehören. Ein künftiges zusätzliches Glied in der «Rettungskette Schweiz» zum Zwecke des weltweiten Kampfes gegen Wassernot?

Info-Thek

Schweizerisches Katastrophenhilfekorps (SKH): Anforderungsprofil für Korpsangehörige und weitere Informationen: SKH, Freiburgstrasse 130, 3003 Bern;

Internet: www.skh.ch
Telefon: 031 322 31 24
Fax: 031 324 16 94